

International

Die Zeitschrift für internationale Politik

IV/2021 • 7,50 €

STEINZEIT oder sozial-ökologische Transformation

Ulrich Brand über widerstreitende Strategien
im Kampf gegen die Klimakatastrophe

Mario Holzner: Die Europäische Seidenstraße

Wendelin Ettmayer: Können die USA die Geschichte anhalten?

Heinz Gärtner: Das Nuklearabkommen und der neue iranische Präsident

Günter Spreitzhofer: Zwischen Lockdown und Lookout

Anneliese Rieder: Der Wandel der Städte

Östliches Mittelmeer | Interview Andreas Schieder | Antisemitismus & Islamophobie
Armenien | USA im Indopazifik | Mosambik | Die Zerstörung Brasiliens | Kuba | Mexiko



INHALT

Steinzeit, grüner Kapitalismus oder sozial-ökologische Transformation?	
<i>Ein Kommentar von Ulrich Brand</i>	5
Andreas Schieder: „Wir Sozialdemokrat*innen verlangen ein sozialeres Europa“	
<i>Interview von Fritz Edlinger</i>	9
Eine Europäische Seidenstraße	
<i>Mario Holzner</i>	13
Spannungsfeld östliches Mittelmeer	
<i>Martin Krämer</i>	16
Können die USA die Geschichte anhalten?	
<i>Eine Analyse von Wendelin Ettmayer</i>	22
US Kriegsvorbereitung im Indopazifik – ein apokalyptisches Szenario	
<i>Robert Fitzthum</i>	26
Antisemitismus und Islamophobie	
<i>Eine Analyse von Farid Hafez</i>	31
Das Nuklearabkommen und der neue iranische Präsident	
<i>Heinz Gärtner</i>	35
Die Neutralität der Mongolei: Ein schönes Pferd	
<i>Pascal Lottaz & Tumurjin Ganbaatar</i>	40
Armeniens „Age of Enlightenment“	
<i>Herbert Maurer</i>	44
Covid-19 im Süden: Zwischen Lockdown und Lookout	
<i>Günter Spreitzhofer</i>	46
Afrika-Seiten: Kann Mosambik geholfen werden?	
<i>Günther Lanier</i>	50
Die Zerstörung Brasiliens	
<i>René Kuppe</i>	54
Kuba: Mehrmals Totgesagte leben noch länger	
<i>Michael Wögerer</i>	59
Feminismen und Geschlechterpolitik in Mexiko: ¡Ni una menos!	
<i>Kristina Pirker</i>	63
Kulturfeuilleton: Der Wandel der Städte	
<i>Anneliese Rieder</i>	68
Aktuelle Bücher & Medien	
<i>Aktuelle Rezensionen</i>	71



Eine Europäische Seidenstraße

Seite 13



US Kriegsvorbereitung im Indopazifik?

Seite 26



Kann Mosambik geholfen werden?

Seite 50



Feminismen und Geschlechterpolitik in Mexiko: ¡Ni una menos!

Seite 63

IMPRESSUM



Ausgabe IV/2021

Es kann nicht so bleiben, wie es ist

Zu Beginn möchte ich bei jenen wenigen Leser*innen, welche zuletzt den stark angestiegenen Umfang unserer Hefte kritisch hinterfragt haben, um Verständnis ersuchen, dass wir mit dieser Ausgabe bereits mit 80 Seiten einen neuen Rekord erreicht haben. Leider befindet sich die Welt – von der kleinen österreichischen bis hin zur globalen – in einem Zustand, der nicht als solcher hingenommen werden kann. Wir versuchen also, die uns besonders wichtigen Ereignisse zu behandeln, Zusammenhänge und auch Hintergründe zu erläutern. Dass mit der nach wie vor weltweit bei weitem nicht beherrschten Pandemie eine neue lebensbedrohende Krise hinzugekommen ist, macht es zusätzlich kompliziert, einen Überblick zu bewahren. Apropos COVID-19: Hier wird in unserem westlichen Mainstream – aus durchaus offensichtlichen, aber absolut nicht akzeptablen Gründen – weitgehend ignoriert, dass die Situation in den meisten südlichen Staaten völlig außer Kontrolle ist, und die „milden Spenden“ von reichen westlichen Staaten an Zynismus kaum zu übertreffen sind, von den unvorstellbaren Profiten der großteils US-Pharmakonzerne ganz zu schweigen. In diesem Zusammenhang möchte ich den Beitrag unseres langjährigen Autors Günter Spreitzhofer ganz besonders empfehlen.

Ein weiterer unbedingt zu lesender Beitrag ist auf jeden Fall die von Ulrich Brand verfasste Titelstory des Heftes, welches sich mit der internationalen Klimapolitik befasst. Alle reden davon, doch kaum etwas geschieht. Die jüngsten Diskussionen innerhalb der Österreichischen Bundesregierung, wo besonders kompetente Persönlichkeiten (Achtung: Zynismus) über den Rückfall in die Steinzeit faselten, hat dies wieder einmal schmerhaft in Erinnerung gebracht.

(Christlicher) Humanismus was ist das?

Bevor ich mich noch mit weiteren internationalen Ereignissen befasse, kann ich nicht umhin, dem Schöpfer dieser Steinzeitweisheit doch noch eine weitere Kommentierung zu ersparen. Er und seine österreichische Familie von smarten Aufsteiger*innen stellt leider ein höchst bedauerliches und bedenkliches Beispiel für den Verfall einer traditionellen politischen Bewegung dar. Wenn man sich bei-

spielsweise die Äußerungen des Bundeskanzlers, des Innen- und auch Außenministers zu grundsätzlichen Fragen des Menschen- und Völkerrechtes anhört, so ist von christlicher Nächstenliebe wahrlich nichts mehr zu sehen. Dass damit der jämmerliche Zustand einer wichtigen politischen Bewegung dokumentiert wird, ist in erster Linie das Problem jener, die (noch) an christliche Werte wie Menschlichkeit, Solidarität etc. glauben. Dass dies aber auch einen weiteren globalen Verfall von Werten wie Menschen- und Völkerrechte, für die sich unsere freiheitlich-demokratische Welt seit 1945 (Erklärung der Menschenrechte u.ä.) bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gerne auf die Schulter klopft, fördert, scheint wenigen bewusst zu sein.

Wenn man also schon von Umwelt- und anderen Krisen spricht, so sollte man nicht die moralische Krise der das weltweite System seit 1945 dominierenden westlichen Welt vergessen. Dass dies auch eine der Zukunftsfragen Nummer Eins für Europa darstellt, sollte doch inzwischen allen einigermaßen nachdenklichen Europäer*innen klar sein. In den USA gibt es, zumindest in der Demokratischen Partei aber auch unter kritischen Kommentator*innen und Politikwissenschaftler*innen, solche.

Das Heft IV/2021

Damit ein kurzer Überblick über das vorliegende Heft. Darin befindet sich eine beträchtliche Anzahl von äußerst aktuellen und wichtigen Beiträgen. Um gleich beim vorhin erwähnten Thema fortzusetzen: Der Beitrag von Wendelin Ettmayer über die USA bezieht sich auf das berühmte Zitat von Francis Fukuyama von „Ende der Geschichte“ und stellt die Rolle der USA als „Führungsmaß“ der westlichen Welt“ massiv in Frage. In ein ähnliches Horn stößt unser Chinaspezialist Robert Fitzthum, welcher die massiven Aufrüstungsprojekte der USA im Pazifik dokumentiert. Ein Problem, dem sich auch Europa, welches sich gerade jetzt wieder an massiven Flottenaufmärschen im Pazifik beteiligt, stellen sollte. Die aktuelle Afghanistankrise sollte Länder wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien aber auch Spanien doch zum Nachdenken gebracht haben. Aber dazu am Ende dieses Editorials. Besonders

Besucht den YouTube-Kanal von International



AFGHANISTAN



Afghanistan: Die Taliban an der Macht

<https://www.youtube.com/c/InternationalZeitschrift/videos>

möchte ich noch auf unseren Lateinamerikablock hinweisen. Dort finden sich hoch interessante und aktuelle Berichte über Brasilien, Kuba und Mexiko. Asien ist durch drei Beiträge über Armenien, Iran und die Mongolei vertreten, wobei ich besonders die Texte von Heinz Gärtner über den Iran und die Perspektiven der Atomverhandlungen und von Pascal Lottaz über die Mongolei, der sich mit Überlegungen eines Neutralitätsstatus des Landes befasst, erwähnen möchte. Unser Afrikakorrespondent Günther Lanier berichtet über einen neuen Kriegsschauplatz in Afrika, Mozambique. In diesem Zusammenhang wäre es meines Erachtens längst angebracht, sich das verstärkte europäische militärische Engagement in Afrika, welches durchaus neokoloniale Züge trägt, einmal ernsthaft zu überlegen.

Europa ist mit drei Beiträgen vertreten: In einem ausführlichen Interview mit dem Fraktionschef der SPÖ-Delegation im Europaparlament Andreas Schieder erläutert dieser die Ziele der europäischen Sozialdemokratie („Europa muss sozialer werden!“), der Geschäftsführende Direktor des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche Mario Holzner präsentiert das Infrastrukturprojekt einer „Europäischen Seidenstraße“, der österreichische Diplomat Martin Krämer behandelt die durchaus spannungsgeladene Situation im östlichen Mittelmeer.

Das – wie bereits erwähnt – höchst umfangreiche Heft wird durch zwei äußerst aktuelle und interessante Beiträge abgerundet. Der Islamwissenschaftler Farid Hafez, zuletzt im Rahmen der Kampagne der Bundesregierung gegen den „Politischen Islam“ Opfer von massiven Angriffen geworden, befasst sich in einem umfangreichen und gut dokumentierten Beitrag mit dem kontroversen Thema Antisemitismus und Islamophobie und unsere Kulturredakteurin Anneliese Rieder behandelt in einem äußerst interessanten und gut recherchierten Beitrag die internationale Tendenz zur schrittweisen Änderung („Gentrifizierung“) alter Stadtviertel.

Alles in allem – so meine ich – trotz des beträchtlichen Umfangs ein hoch aktuelles und wirklich interessantes Heft.

Afghanistan – was nun?

Und dennoch ist es uns leider nicht gelungen, das weltweit aktuelle Thema Nummer 1 – Afghanistan – zu behandeln. Dafür gibt es einen banalen Grund: Der aktuelle Beginn des Rückzuges der US- und NATO-Truppen begann erst nach dem Redaktionsschluss des aktuellen Heftes, welches – siehe oben – ohnedies bereits mehr als voll war. Wir konnten daher keine zusätzlichen Berichte mehr unterbringen, sondern das Thema zunächst auf unserem YouTube-Kanal recht ausführlich behandeln. Wer die Videos von Matin Bar-

aki, Michael Lüders und Heinz Gärtner noch nicht gesehen hat, dem rate ich, dies gleich nachzuholen.

Wir werden in unseren nächsten Heften sicherlich Afghanistan ausführlich behandeln. Es könnte meiner Meinung nach ein ganz entscheidendes Ereignis für die weitere Entwicklung der internationalen Beziehungen werden. Nicht von ungefähr erwähnen internationale Autoren die jüngsten Ereignisse am Hindukusch im Zusammenhang mit Vietnam, der Revolution im Iran 1979, dem 2. und 3. Golfkrieg 1991, 2003-2011.

Hier nun einige ganz kurze Anmerkungen, die meines Erachtens in der aktuellen Berichterstattung zu kurz kommen. Da sind einmal die historischen Hintergründe und Verantwortlichkeiten. Im Zusammenhang mit der höchst fragwürdigen und widersprüchlichen Politik der USA rate ich die Lektüre des Interviews von Präsident Jimmy Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski aus dem Jahr 1998¹. Dort hat er unverblümt darüber berichtet, dass die USA die jihadistischen Taliban massiv finanzierten und bewaffneten, um so ein Gegengewicht gegen die säkulare pro-sowjetische Regierung in Kabul zu schaffen. Zur Erinnerung: Das war mehr als sechs Monate vor der sowjetischen Invasion in Afghanistan (?). Das zur historischen Wahrheit und der Verantwortung der USA. Damit wurde von den USA eine Entwicklung eingeleitet, welche zu Jahrzehntelangen Kriegen, zuletzt den gerade zu Ende gegangenen, geführt hat. Dass die NATO und einige europäische NATO-Staaten in dieses Abenteuer hineingezogen worden sind, war und ist eine Katastrophe, für die Europa noch lange genug die Rechnung bezahlen wird müssen.

Um mehr oder minder bewusste Missverständnisse zu vermeiden: Natürlich können und sollen die Verbrechen der Taliban in keiner Weise vergessen und entschuldigt werden, sie als die Hauptschuldigen an der afghanischen Tragödie hinzustellen, ist aber eine historische Lüge.

Dass die Österreichische Bundesregierung in dieser Situation wieder einmal den europäischen Außenseiter abgibt, ist leider wenig überraschend. Aus populistischem Opportunismus werden da die Menschenrechte infrage gestellt, ja de facto außer Kraft gesetzt. Jeder anständige Mensch (ob christlicher, sozialistischer oder liberaler Herkunft) kann sich nur schämen.



Fritz Edlinger

E-Mail: f.edlinger@international.or.at

¹ https://dgibbs.faculty.arizona.edu/brzezinski_interview

Können die USA die Geschichte anhalten?

Der bekannte US-amerikanische Historiker und Politikwissenschaftler Francis Fukuyama hat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion den endgültigen Sieg des von den USA vertretenen neoliberalen Systems ausgerufen. Die internationalen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben dies als voreilig erwiesen. Offensichtlich sind bei dieser Proklamation gravierende historische Erfahrungen missachtet worden.

Von **Wendelin Ettmayer**



Konstantin Gushcha / Shutterstock

Zusammenbruch der Sowjetunion – Chaos auf den Straßen von Moskau, 21. August 1991

1. Das „Ende der Geschichte“ – eine voreilige These

Als Paul Kennedy 1988 sein Buch „The Rise and Fall of the Great Powers-Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000“ veröffentlichte, hat es viel Aufsehen erregt¹. Er beschreibt, wie die führende Rolle in der Staatenwelt von den Habsburgern auf die Franzosen; und nach den Napoleonischen Kriegen auf Großbritannien übergegangen ist. Seine Schlussfolgerung: das Staatesystem ist einem ständigen Wandel unterworfen. Insbesondere nach Kriegen ändern sich die Machtverhältnisse entscheidend. Um diese zu gewinnen, brauchen Großmächte eine starke wirtschaftliche Basis, produktive Kräfte müssen „unproduktive Rüstungsaus-

gaben“ finanzieren können. Dabei ist eines wesentlich: diese Entwicklung kann kein Staat alleine kontrollieren, da immer mehrere Staaten miteinander im Wettbewerb stehen.

Großes Aufsehen hat vor allem die These vom „relativen Niedergang der Vereinigten Staaten“ hervorgerufen. Paul Kennedy stellte fest, dass auch die damalige zweite Supermacht, die Sowjetunion, vor großen Schwierigkeiten stünde, aber der „imperial overstretch“, die Diskrepanz zwischen dem weltweiten Engagement Washingtons und den gegebenen Möglichkeiten, sei bei den USA am größten. Er verglich deren Situation mit jener Spaniens um 1600 und der Großbritanniens um 1900, als nach dem machtpolitischen Höhepunkt jeweils der Niedergang folgte.

¹ Paul Kennedy; *The Rise and Fall of Great Powers*; Unwin Hyman Limited, 1988

Bekanntlich kam es anders. Wenige Jahre nach der Veröffentlichung des Buches brach die Sowjetunion auseinander, die USA wurden die alleinige Supermacht. In diesem „unipolaren Moment“ glaubten neokonservative Theoretiker und außenpolitische Praktiker in Washington, die „amerikanischen Werte“ hätten sich weltweit endgültig durchgesetzt.

Genau diesen Gedanken vertrat Francis Fukuyama 1989 in seinem Artikel „The End of History“²: die Geschichte wäre an ihrem Ende angelangt. Diese Idee war nicht neu, entsprach aber in entscheidender Weise dem Zeitgeist. Schon in den 1930er Jahren publizierte Alexandre Kojève ähnliche Thesen, wobei er sich wiederum von der Geschichtsphilosophie Hegels inspirieren ließ. Das fulminante Echo, das Fukuyama fand, war darauf zurückzuführen, dass die mächtige Sowjetunion gerade dabei war sich aufzulösen und viele glaubten, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus würden sich Demokratie und Marktwirtschaft endgültig und überall durchsetzen. Im Sinne des „Neoliberalismus“ waren Regierungskreise in Washington überzeugt, der amerikanische Kapitalismus habe sich weltweit durchgesetzt und könne nunmehr die Politik bestimmen; Staaten würden nur mehr eine untergeordnete Rolle spielen.

Das stellte sich als Irrglaube heraus. Zum „Ende der Geschichte“ ist es nicht gekommen. China nutzte die Globalisierung der Weltwirtschaft zu einem ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung und damit auch zu einer neuen Machtposition. Russland hat sich vom drohenden Zerfall in den 1990er Jahren erholt. Und mit dem islamischen Terror ist weltweit eine neue Gefahr entstanden.

Entscheidend ist nun Folgendes: Praktisch agieren die USA so, als wäre es zum „Ende der Geschichte“ gekommen, als hätte sich die Geschichte erfüllt. Dort, wo das Endziel noch nicht erreicht wurde, ist die amerikanische Politik dennoch darauf ausgerichtet, „die Gesetze der Geschichte“ durchzusetzen. Die ganze Welt soll die Spielregeln des Kapitalismus und die Grundzüge des politischen Systems Amerikas übernehmen. Am „Ende der Geschichte“ sollen nicht-westliche Kulturen in die westliche Kultur integriert werden. Andere Kulturen sollten ihre eigenen Grundsätze zugunsten der westlichen Vorstellungen von Freiheit und Menschenrechten aufgeben.

Auch diese Politik ist nicht neu, hat aber dadurch, dass Washington nunmehr die Demokratien der Welt gegen China und Russland mobilisieren will, einen neuen Auftrieb erhalten. Es geht darum, in einer Welt, die zunehmend multipolar wird, also in der mehrere Machtzentren entstehen, den dominierenden Machtanspruch der USA zu erhalten. Der Lauf der Geschichte soll so angehalten werden, dass die US-Vorherrschaft in der Welt bestehen bleibt. Auch in einer „neuen Weltordnung“ soll die „Pax americana“ das bestimmende Wesenselement sein.

2. Schon Metternich und Karl Marx wollten die Geschichte bestimmen

Nachdem sich mit der Französischen Revolution die Gedanken der Freiheit, der Gleichheit und der Volkssouveränität durchgesetzt hatten, gründete Klemens Wenzel Fürst von Metternich am Wiener Kongress die „Heilige Allianz“, um die Geschichte wenn möglich zurückzudrängen, auf jeden Fall anzuhalten. Henry A. Kissinger bringt dies schon im Titel seiner Habilitations-Schrift „A World restored – Politics of Conservatism in a Revolutionary Age“ zum Ausdruck.³ Der dynastische Gedanke, das Gottesgnadentum als Herrschaftsprinzip, sollte wieder hergestellt werden. Gleich-

zeitig sollte damit die machtpolitische Vorherrschaft des Hauses Österreich in Mitteleuropa sichergestellt werden. Die „Heilige Allianz“ zwischen dem russischen Zaren Alexander I., dem preußischen König Friedrich Wilhelm III. und dem österreichischen Kaiser Franz I. sollte die wiederhergestellte Ordnung gegen die neuen Strömungen von Demokratie und Liberalismus verteidigen.

Die „internationale Gemeinschaft“ von damals wurde dazu eingesetzt, neue Ideen und neue Machtkonstellationen zu unterdrücken. Damit gelang es Metternich, eine europäische Ordnung zu schaffen, die letztlich ein Jahrhundert lang hielt, sein Name ist aber auch mit dem von ihm geschaffenen System der Unterdrückung verbunden. Während es also heute den USA darum geht, durch Interventionen weltweit Demokratie und Menschenrechte zu verankern, gingen die Ziele der „Heiligen Allianz“ in die entgegengesetzte Richtung. Nach den Revolutionsjahren 1848/49, nach den Freiheitskriegen und nach den furchtbaren Zerstörungen in den beiden Weltkriegen wurde 1953 schließlich durch den Europarat die Europäische Menschenrechtskonvention verabschiedet, die Ideen von Freiheit und Demokratie hatten sich damit in Europa durchgesetzt.⁴

An das „Ende der Geschichte“ durch die Errichtung einer kommunistischen, klassenlosen Gesellschaft glaubten auch Karl Marx und Wladimir I. Lenin. „Die historische Mission der Arbeiterklasse besteht darin, im Klassenkampf die ökonomische und politische Herrschaft der Bourgeoisie zu beseitigen und die sozialistische und kommunistische Gesellschaft zu erreichen“, heißt es im 1986 vom Bibliografischen Institut Leipzig herausgegebenen Universallexikon.⁵ Nach der Diktatur des Proletariats sollte die sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden. Aber so interessant der historische Materialismus die Geschichte von der Stammesgesellschaft bis hin zur kapitalistischen Gesellschaft analysiert, die „Gesetze der Geschichte“ sind anders verlaufen. Der Kommunismus war nicht in der Lage, die mit ihm verbundenen Prophezeiungen zu verwirklichen. Dabei haben wohl auch die auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975 mit Zustimmung der Sowjetunion verabschiedeten Grund- und Freiheitsrechte eine nicht unwe sentliche Rolle gespielt.

3. Die weltweite Ordnungsmacht und ihre Herausforderer

Die Vereinigten Staaten von Amerika verstehen sich als weltweite Ordnungsmacht. Konkret heißt das, dass sie die Regeln festlegen, wie die internationalen Beziehungen, Wirtschaft und Finanzen gestaltet werden sollen. Vor allem geht es auch darum, wann und wo Vergehen gegen die Menschlichkeit geahndet werden sollen. Die allgemeine Verbreitung „amerikanischer Werte“ soll sicherstellen, dass auch amerikanische Interessen respektiert werden. So wurden Kriege der USA immer wieder im Namen der Humanität geführt, um mehr Freiheit und Demokratie in die Welt zu bringen; vom Krieg gegen Spanien im April 1898 bis zum Einmarsch im Irak 2003.

Diese „Kreuzzüge“ haben immer auch eine starke innenpolitische Komponente. Millionen von Amerikanern stimmten Theodore Roosevelt zu, als er mit seinen Rough Riders loszog, um Kuba von den Spaniern zu befreien. Und als George W. Bush seine Invasion in den Irak startete, erreichte seine Beliebtheit in der Bevölkerung einen Höhepunkt. Entsprechend verlangen auch führende amerikanische Medien immer wieder, dass „Democracy Promotion“ einen integralen Teil der amerikanischen Außenpolitik bildet.⁶

Dabei ist Washington bemüht, den gesamten Westen gegen jene

2 Francis Fukuyama; *The End of History*, in *The National Interest*; Summer 1989

3 Henry A. Kissinger; *A World Restored- The Politics of Conservatism in a Revolutionary Age*; New York 1964

4 Wendelin Ettmayer; *Alte Staaten- neue Welt; Stabilität und Wandel in den internationalen Beziehungen*; Linz 2008

5 BI Universallexikon; Leipzig 1986

6 New York Times; Feb. 9th 2008 „Promoting Democracy recedes from US-Agenda

zu mobilisieren, die nicht bereit sind, der amerikanischen Politik bedingungslos zu folgen. Heute sind die Gegner China und Russland. Beide Staaten werden als „revisionistische Mächte“ und als Gefahr für das eigene Land eingestuft. Der alte Thukydides wurde ausgegraben, der vor bald 2500 Jahren in seiner „Geschichte des Peloponnesischen Krieges“ die These aufstellt, dass es zum Krieg kommen muss – wie eben zwischen Athen und Sparta -, wenn eine etablierte Macht durch eine neue, aufstrebende herausgefordert wird.

Zur Durchsetzung dieser Ziele werden von amerikanischer Seite nicht nur die militärische Stärke des Landes und der Primat des Dollars eingesetzt, in den Propaganda-Kriegen und denen der Geheimdienste werden auch Menschenrechte als Waffe eingesetzt. Auch eine eigene Sprache wurde entwickelt: militärische Interventionen der USA heißen „Stability Mission“ und Militärbasen in Polen „forward operating Locations“.⁷

Die Vorwürfe gegen den russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin können an Schärfe kaum übertroffen werden. Präsident Biden war nicht der Erste, der ihn als „Killer“ bezeichnete. Schon Bill O'Reilly hat in einem Interview mit Donald Trump auf Fox News diesen Ausdruck verwendet. Das außenpolitische Establishment in Washington nennt ihn immer wieder einen „Gangster“. Und seit der Angliederung der Krim, die Jahrhunderte lang zu Russland gehört hat, an Russland und dem Vorwurf, Putin habe sich in die Präsidentschaftswahl 2016 eingemischt, ist die Atmosphäre total vergiftet.

Russland wird vorgeworfen, bei Abrüstungsverträgen zu schwitzen; dass es Internationales Recht bricht; die Prinzipien des Rechtsstaates nicht anerkennt; Menschenrechte und Pressefreiheit beschneidet. Nicht zuletzt sorgen Cyber-Angriffe und der Vorwurf, der Kreml verbreite „Fake News“, für Aufruhr. In zahlreichen westlichen Medien kommen Kreml-Kritiker zu Wort, die das eigene Land als „Mafia-Staat“ bezeichnen. Dissidenten werden vom Westen unterstützt; die Geheimdienste sind voll im Einsatz.

Bei der Heftigkeit dieser Kritik ist es kein Wunder, dass man in Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit eine Anti-Russland-Hysterie feststellen kann. Die Unzahl von Sanktionen, die gegen Russland verhängt wurden, haben daher auch das Ziel, der gegebenen Stimmung Rechnung zu tragen, um Stimmen zu gewinnen. Zulasten besserer Beziehungen setzt man auf Gewinne im Wahlkreis. Dass die Beziehungen der USA zu Russland heute wesentlich schlechter sind als zur totalitären Sowjetunion, als selbst in der Zeit des Kalten Krieges Interessen gegenseitig anerkannt wurden, ist schwer nachvollziehbar.

Gegen China wird dieselbe Strategie verfolgt wie gegen Russland. Dabei haben die Auseinandersetzungen mit Peking durch die Corona-Pandemie eine neue Dimension erhalten. So sind Artikel erschienen wie „China wants to use the Coronavirus to take over the World“. Die Diskussion um das „China-Virus“ hat schon im letzten Präsidentschaftswahlkampf in den USA eine Rolle gespielt und ist damit ein zentraler Punkt in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern geworden. Für Donald Trump standen die wirtschaftlichen Beziehungen mit China im Vordergrund. Das gewaltige Handelsbilanz-Defizit war für ihn Ausdruck dafür, dass Peking mit unfairen Mitteln arbeitet. Massive Wirtschaftssanktionen, vor allem in der Form von Einfuhrzöllen, waren die Antwort.

Die USA zeigen immer wieder den Mangel an Freiheitsrechten in China auf und setzen sich für inhaftierte Anwälte und Menschenrechts-Aktivisten ein und verwenden diese Argumente auch als Waffe gegen China. Präsident Biden hat die Argumentation der Trump-Administration übernommen, dass das Vorgehen gegen die

Uiguren einen Völkermord bedeutet. Die Freiheit der Schifffahrt im Südchinesischen Meer wurde eine Fahnensfrage.

Vor allem aber wird China vorgeworfen, dass es die Führung in einer „neuen Weltordnung“ anstrebt. Die Ausdehnung des chinesischen Einflusses in Afrika und Lateinamerika, die Milliarden-Investitionen im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“ werden dafür als Beispiel angeführt. Die Anti-China-Propaganda läuft auf Hochouren. So heißt es etwa in einem Artikel in „Internationale Politik“, Deutschland muss sich stärker engagieren, „um China einzuhegen“. Und „den chinesischen Bedrohungen kann letztlich nur mit militärischen Allianzen begegnet werden“. Denn die „Neue Seidenstraße“ zielt auf den Aufbau eines weltweiten Systems zur Umsetzung der ideologischen Vorstellungen der Kommunistischen Partei Chinas. Diese Behauptung wird jedenfalls, ohne weitere Beweise, in den Raum gestellt.⁸

Der von Washington initiierte Wirtschaftskrieg sollte dem entgegenwirken. Führende chinesische Konzerne wie Huawei werden mit dem Argument, sie wären eine „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ vom amerikanischen Markt ausgeschlossen. Die Finanzchefin von Huawei ließ man in Kanada sogar unter einem fadenscheinigen rechtlichen Vorwand verhaften.

Die paradoxe Situation ist nun die: die Anschuldigungen gegen Peking und Moskau werden nicht erhoben, um den dortigen Regimen zu helfen, sondern um sie zu diskreditieren, ja um einen, zumindest Kalten Krieg vorzubereiten. Tatsächlich aber könnten beide Regierungen ihre Legitimation bei der eigenen Bevölkerung verbessern, würden oft sinnlose Einschränkungen der persönlichen Freiheit abgebaut und Kontrollen aufgehoben. In einer Zeit, in der viele junge Chinesen und Russen die Möglichkeit haben, weltweit zu reisen und sich über alte und neue Medien zu informieren, ist es sehr fraglich, wie weit Zensur und Strafrecht einen Zeitgeist bestimmen können. Ähnliches gilt für die Kritik im Wirtschaftsbereich: der Abbau staatlicher Subventionen für die verstaatlichte Wirtschaft könnte deren Effizienz durchaus steigern.

Eine andere, grundsätzliche Frage ist, wie weit Werte, die im Westen entwickelt wurden, tatsächlich weltweite Gültigkeit haben müssen. Samuel Huntington hat das in seinem Buch über den „Kampf der Kulturen“ entschieden verneint.

4. Kommt es zum Kampf der Kulturen?

Ganz im Gegensatz zum „Ende der Geschichte“ hat Samuel P. Huntington in seinem, ebenfalls kurz nach dem Ende des Kalten Krieges veröffentlichten Buch „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“ die Zukunft der Welt ganz anders gesehen.⁹ Die künftigen internationalen Auseinandersetzungen würden nicht mehr durch Ideologien geprägt sein sondern durch den Zusammenprall der Kulturen und Zivilisationen. Der Glaube des Westens an die Universalität seiner Kultur und seiner Werte sei grundfalsch, ja sogar unmoralisch und gefährlich. Deswegen, weil europäische Mächte im 19. Jahrhundert weite Teile der Welt beherrschten und die USA die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, kann man nicht verlangen, dass die ganze Welt die westlichen Werte übernimmt.

In einem eigenen Kapitel setzt sich Huntington mit der These vom „Ende der Geschichte“ auseinander und verurteilt diese total. Er bezweifelt, dass sich die USA als größte Weltmacht in der Zukunft auf „Peacemaking“ und „Nation-building“ konzentrieren können, weil insbesondere an den „Bruchlinien“ zwischen den Kulturen Kriege ausbrechen werden. Die Angriffe auf das Wohl

⁸ Internationale Politik- Das Magazin für globales Denken; Juli/August 2021; Mangesh Sawant „Raus aus der Beobachterrolle“

⁹ Samuel P. Huntington; The Clash of Civilizations; Simon & Schuster 1997

Trade Center durch islamische Terroristen erachtete Huntington genauso als Bestätigung seiner Thesen wie die Kriege am Balkan oder zwischen Armenien und Aserbaidschan. Alleine für das Jahr 1993 registrierte er 48 ethnische Kriege.

Bei den Kriegen, die in Zukunft zwischen Kulturen und Zivilisationen geführt werden, hat jede Zivilisation eine Führungsmacht, deren Wesen jeweils sehr stark von einer Religion geprägt wurde. Da der Westen in der Vergangenheit die Welt mit Waffen und nicht mit Werten erobert hat, muss er in der künftigen multipolaren und multikulturellen Welt auch andere Werte gelten lassen. Diese Feststellung ist revolutionär und ketzerisch. Ketzerisch vor allem deshalb, weil die vom Westen proklamierten Menschenrechte heute einen quasi religiösen Status einnehmen. Aber wie weit dürfen Russland, die Kernmacht der orthodoxen Zivilisation, oder China, mit seiner eigenen kulturellen Tradition, bestraft werden, wenn sie der Theorie vom „Ende der Geschichte“ nicht folgen und die Vorherrschaft der USA nicht bedingungslos akzeptieren.

Tatsächlich ist die politische Geschichte Russlands 1000 Jahre lang anders verlaufen als jene Westeuropas. Im Mittelalter, als im Westen bereits wesentliche Rechtsinstitutionen herausgebildet wurden, lebten die Russen unter dem Joch der Mongolen. Später gab es weder Aufklärung noch Demokratie, es kamen nie zu einer Gewaltenteilung und ein Machtwechsel war in allen Systemen ein Problem. Die Kommunistische Partei Chinas wiederum hat in den letzten Jahrzehnten verstärkt auf die Lehren von Konfuzius verwiesen, darauf, Autorität zu achten und für die Gemeinschaft tätig zu sein.

So sehr die Herausbildung eines Mittelstandes in Russland und China das kritische Bewusstsein der Menschen fördern kann, ist es wohl eine Illusion zu glauben, mit der Mitgliedschaft in der Welt-Handelsorganisation (WTO) würde ein Land seine ganze Geschichte über Bord werfen.

5. Darf Europa eigene Interessen haben?

Wie soll sich Europa nun verhalten, wenn die USA dabei sind, die Welt alleine nach ihren Interessen neu einzurichten? Auch Huntington führt aus, dass das vom westlichen Christentum geprägte Europa und Amerika eine Wertegemeinschaft bilden. Allerdings kann man feststellen, dass selbst diese Grundwerte sehr unterschiedlich interpretiert werden: für die USA ist ein Krieg nach wie vor ein integraler Teil ihrer Außenpolitik; Kriege zwischen Mitgliedern der Europäischen Union hingegen sind denkmöglich geworden. Für die Europäer wurde der Wohlfahrtsstaat der Rahmen für ihr politisches Handeln; viele Amerikaner lehnen den Wohlfahrtsstaat als „dekadent“ und „sozialistisch“ ab.

Grundsätzlich war Außenpolitik jahrhundertlang Realpolitik, auf Macht und Interessen ausgerichtet. Der Zweck heiligte die Mittel. Das calvinistische Denken stellte aber schon sehr bald einen Einklang zwischen dem, was der liebe Gott wollte, und den eigenen Interessen fest. So kämpften die Engländer immer wieder „for the Liberty of Europe“, die Amerikaner für Demokratie und Freiheit in der Welt.

Heute wird China von den USA künstlich als „größte Gefahr“ heraufbeschworen, um Partner für seine Eindämmungspolitik zu finden. China wiederum sieht in der von den USA angeführten Wertediskussion den Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen. Zweifellos ist China heute sehr bemüht, möglichst viele seiner Produkte in die ganze Welt zu exportieren. Die marxistisch-maoistische Doktrin der Kommunistischen Partei Chinas dient jedoch dem Machterhalt, nicht dem Export chinesischer Werte oder des chinesischen politischen Systems. China ist heute ein staatskapitalistisches Land, in dem der Markt

vorherrscht und wo eine Partei ein Machtmonopol besitzt. China will gute Geschäfte machen, nicht ideologisch die Welt erobern. Es will als Wirtschaftsmacht mit den USA gleichziehen, nicht die Welt missionieren.

2020 hat China erstmals die USA als wichtigster Handelspartner der EU überholt. So betrug das Handelsvolumen der EU mit China € 586 Milliarden; das mit den USA € 555 Milliarden. Solange es den Menschen in China immer besser geht, wird es wohl kein größeres Aufbegehren der Bevölkerung geben. Irgendwann werden die Menschen wohl eine stärkere politische Mitsprache verlangen, aber diese Entwicklung kann durch Kooperation besser gefördert werden als durch ständige Konfrontation.

Die Europäische Union bezieht 26 % ihres importierten Öls und 40 % des importierten Gases aus Russland. Das ist keine einseitige Abhängigkeit sondern die Grundlage für eine Zusammenarbeit, die auch den Kalten Krieg gut überstanden hat. Wenn die USA heute mit allen Mitteln darauf drängen, Nord Stream 2 zu verhindern, um den Import von teurem amerikanischen Flüssiggas zu erhöhen, geschieht das nicht, um die europäische Sicherheit zu fördern. Washington erhöht dadurch die Uneinigkeit innerhalb der EU und will einen Keil zwischen Russland und dem übrigen Europa treiben. Russland ist Mitglied des Europarates, hat die Konventionen der Organisation unterzeichnet und soll an den Richtlinien dieser Institution gemessen werden.

Die USA werden ihre Politik weiter darauf ausrichten, „die Geschichte anzuhalten“. Die entscheidende Frage ist, ob die USA dabei Verbündete mit eigenen Vorstellungen akzeptiert oder nur Vasallen? Thukydides hat auch in diesem Zusammenhang eine Theorie entwickelt: eine Großmacht muss immer die eigenen Interessen durchsetzen und anerkennt keine gleichberechtigten Partner. Als sich die Bewohner der Insel Melos weigerten, Athen im Kampf gegen Sparta zu unterstützen, sandten die Athener eine Strafexpedition, die Insel wurde verwüstet.

Die europäischen Staaten haben heute im Rahmen des Europarates und innerhalb der Europäischen Union zahlreiche und effiziente Gremien, die darauf achten, dass die politischen Entscheidungen der Mitglieder auf den Grundlagen der Werte von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit getroffen werden. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Rechtslage könnten die USA nicht Mitglied des Europarates werden. Selbst intensive Wirtschaftsbeziehungen mit Russland oder China können die Funktionsweise der europäischen Institutionen nicht beeinflussen. Die Europäer sind daher gut beraten, auch ihre Außenpolitik selber zu gestalten.



Dr. Wendelin Ettmayer, ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika und beim Europarat. www.wendelinettmayer.at

E-mail: wendelin.ettmayer@gmail.com

China im Inneren kapitalistisch und nach Außen imperialistisch sei. Das ist Wasser auf die chinefeindliche Vorkriegspropaganda, die der US-amerikanische Präsident Biden ebenso verkörpert wie der deutsche Außenminister Maaß und seine für Kriegseinsätze zuständige Kollegin Kramp-Karrenbauer.

Als „Belege“ dienen Schaubilder, Landkarten und knapp 350 Fußnoten. Diese scheint selbst der Verlag als weitgehend unbrauchbar einzustufen, sonst hätte er sie in einer gut lesbaren Schriftgröße gesetzt. Eine Kuriosität ist das Schriftenverzeichnis; es enthält neben der verwendeten Literatur (S. 223 f.) eine ebenso lange Abteilung „Zum Thema Sexualität“ (S. 224 f.). Diesen Topos spricht der Autor in seinem Buch zwar an – doch nur auf drei Seiten. Eines der Beispiele für die sachlichen Missverhältnisse dieser Publikation, die alles andere als einen Beitrag leistet zur Aufklärung und internationalen Verständigung.

Rudolph Bauer,

Politikwissenschaftler, war Professor an der Universität Bremen, Mitglied des Vorstands der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft in Bremen und auf Bundesebene, Mitarbeiter am Fremdsprachen-Institut in Beijing. Er ist Autor der 2020 im pad-Verlag (Bergkamen) veröffentlichten Broschüre „China, die Welt und wir“.



Wolfgang Sobotka, Christian Rädler (Hrsg.)
Grenzen überwinden

Alois Mock, Gestalter Europas
Zeitzeugen erinnern sich

616 Seiten; Euro 29,90

In Rahmen des Alois Mock Instituts haben Wolfgang Sobotka und Christian Rädler das Buch „Grenzen überwinden. Alois Mock, Gestalter Europas. Zeitzeu-

gen erinnern sich“ herausgebracht. Auf 616 Seiten erinnern sich 61 Wegbereiter und Zeitzeugen, politische Freunde und politische Gegner unterschiedlicher Nationalität an das politische Wirken von Alois Mock und an persönliche Begegnungen mit ihm. Dass trotz des großen Umfangs das Buch übersichtlich, informativ und lesbar ist, ist wohl das Verdienst der wissenschaftlichen Begleitung durch den Historiker Christoph H. Benedikter. Die Interviews in den einzelnen Abschnitten des Buches werden jeweils von fundierten Essays eingeleitet, die eine Gesamtübersicht bieten.

Ein Buch, welches das letzte Drittel der österreichischen Innen- und Außenpolitik des 20. Jahrhunderts umfasst,

ist schon deshalb interessant, weil diese Jahrzehnte für Österreich eine Zeitenwende waren: als Alois Mock 1969

Unterrichtsminister wurde, lag unser Land am Rande Westeuropas zur Hälfte eingezäunt vom Eisernen Vorhang, die

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

war gerade zwölf Jahre vorher gegründet

worden und die herrschende Meinung

der Hochbürokratie im Außenministerium war, dass wir dieser wegen unserer Neutralität nie beitreten könnten.

Als die Sowjets 1968 in die Tschechoslowakei einmarschierten, musste ein Eilbote

Bundeskanzler Josef Klaus verständigen,

weil dieser in seinem Wochenendhaus

kein Telefon hatte.

Als Alois Mock 30 Jahre später seine politische Laufbahn beendete, lebten wir in

der Informationsgesellschaft. Österreich

war Mitglied der EU und die früheren

kommunistischen Nachbarstaaten waren

selbst auf dem Weg in ein geeintes Europa.

In Österreich war in der Zwischenzeit die sehr dominierende verstaatlichte Industrie weitgehend privatisiert. In dieser

Zeitenwende war Mock in wesentlichen

Bereichen Schermacher. Er war ein Ideal-

ist, der davon überzeugt war, dass sich

Ideale letztlich durchsetzen würden.

Wie stellt das Buch die einzelnen Bereiche seines Wirkens dar?

1. Der Politiker Alois Mock 1965-1989

Was den Politiker Alois Mock betrifft, so handelte er, wie Helmut Wohnout in der Einleitung feststellt, aus christlicher und demokratischer Verantwortung. Als er 1969 überraschend Unterrichtsminister wurde, ging er mit viel Elan vor und entwickelte eine Reihe von Reformvorschlägen in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. In der Hochschulpolitik wurde der junge Minister

zum Trendsetter, etwa was die Mitbestimmung im universitären Bereich betrifft. Die ÖVP befand sich seit der Wahlniederlage 1970 in einer schweren Krise. Zum ersten Mal in der Geschichte der Partei war man auf Bundesebene nicht mehr in der Regierung. Dabei hieß es doch im Organisationsstatut der ÖVP: „Der Bundeskanzler ist Mitglied des Parteivorstandes.“ Man betrachtete es eben als selbstverständlich, dass der Bundeskanzler von der Volkspartei gestellt wurde. In dieser Atmosphäre wurde Mock 1971 Obmann des Arbeitnehmerflügels der ÖVP, 1978 Klubobmann und 1979 Parteioibmann. Wohnout schreibt, dass Mock „einen harten Oppositionskurs“ steuerte. Das stimmt wohl nur bis zu einem gewissen Grad und war schon wegen der Struktur der Volkspartei schwer möglich: der Wirtschaftsflügel kooperierte offen mit der Regierung, wenn es um Aufträge ging; und die Bauern waren ohnehin auf Subventionen angewiesen.

Nach der Regierungsbeteiligung 1987 konnte Mock als Vizekanzler für seine Partei sachpolitische Erfolge erzielen, etwa bei einer Steuerreform oder bei den ersten Privatisierungen. Gleichzeitig kam es zu schweren innerparteilichen Spannungen. Der Streit mit der steirischen Landesgruppe um die Stationierung der Saab-Draken Abfangjäger führte fast zur Spaltung der Partei. Jedenfalls musste Mock 1989 als Vizekanzler und Parteioibmann zurücktreten, blieb aber Außenminister.

Zur damaligen politischen Situation sagt Heinz Fischer in seinem Interview, dass Bruno Kreisky Wert darauf legte, zu den Vertretern anderer Parteien ein geordnetes Verhältnis zu haben. Der junge Alois Mock war nicht im engsten Kreis seiner Gesprächspartner. Kreisky hat ihn aber als „ÖVP-Obmann sehr respektiert“ und umgekehrt hat Mock auch Kreisky als den Älteren Respekt bezeugt.

Sixtus Lanner schildert, wie nach der Wahlniederlage 1970 Kreisky von vielen in der ÖVP völlig falsch eingeschätzt wurde. Man glaubte, „er wäre nur eine Episode“. Lanner zeigt auch sehr konkret auf, wie Kreisky damals versucht hat, die ÖVP zu spalten, indem er, nach schwedischem Vorbild, die Bauern ködern wollte. Man erfährt auch andere, nicht unwesentliche Details: Fritz Plasser, damals Meinungsforscher in der ÖVP, erklärt, wie elf Wochen vor der entscheidenden Nationalratswahl 1986 2 % der Stimmen von der ÖVP zur FPÖ abgewandert sind. Der Wahlkampf war nicht nur schlecht orga-

niert, er war schon auf eine Kooperation mit der SPÖ in einer „großen Koalition“ ausgerichtet.

Norbert Steger beschreibt Alois Mock als geradlinigen, gescheiten, anständigen, nicht schillernden Menschen. In seinem Interview führt er sehr detailliert aus, warum es 1983 zu einer Koalition zwischen SPÖ und FPÖ gekommen ist. Bruno Kreisky ist es damals gelungen, Friedrich Peter für sich zu gewinnen. Franz Vranitzky, der 1987 als Bundeskanzler mit Alois Mock die große Koalition bildete, schildert ausführlich, wie und warum es zur Beendigung der Zusammenarbeit mit der FPÖ gekommen ist und wie die Stimmung in seiner Partei diesbezüglich war. Interessant ist auch die Darstellung, wie es Vranitzky gelungen ist, bestimmende Kräfte in der SPÖ für den EU-Beitritt zu gewinnen. Gab es diesbezüglich einen Einklang mit dem Außenminister, so hatten Kanzler und Vizekanzler eine andere Haltung zum Geschehen auf dem Balkan. Vranitzky war gegen einen Alleingang Österreichs bei der Anerkennung der Selbstständigkeit von Slowenien und Kroatien. Mock hingegen glaubte, ein derartiger Schritt könnte das Kriegsgeschehen eindämmen oder gar verhindern.

2. Alois Mock und Österreichs Weg zum EU-Beitritt 1989-1995

Michael Gehler, Universitätsprofessor für neuere Geschichte, schildert zunächst den Weg zum EU-Beitritt. Alois Mock war dabei ein zentraler Akteur und eine treibende Kraft. Es werden die Schwierigkeiten aufgezeigt, die es zu überwinden galt: Integration der Landwirtschaft, Schwerverkehr durch Tirol, Umweltschutz-Bestimmungen, Behandlung der Zweitwohnsitze. Gehler zieht dann eine positive Bilanz, insbesondere was die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft betrifft.

Ulrike Guéröt beschreibt den Stimmungswandel von der Europa-Euphorie zur Ernüchterung und findet dabei auch kritische Worte. Europa fehlt ein klares Ziel! Bei Sebastian Kurz sieht sie „mehr türkis als schwarz“. Sie vermisst bei ihm jeglichen Europa-Enthusiasmus.

Auch in diesem Abschnitt gibt es interessante Interviews, die einen Einblick vermitteln, wie während der EU-Beitrittsverhandlungen die Stimmung innerhalb des österreichischen Verhandlungsteams war. Man erfährt aber auch, wie sich die Haltung anderer Länder gegenüber Österreich entwickelt hat. So betont Wolfgang

Bergsdorf, Mitarbeiter von Helmut Kohl, dass der deutsche Bundeskanzler Alois Mock als Freund bezeichnete und wollte, dass „kleinere Länder in der EU eine große Rolle spielen“. Als Geheimnis für den Erfolg von Helmut Kohl führt Bergsdorf an, dass Kohl „nahtlos an die Politik von Willy Brandt anknüpfte“ und eine pragmatische Ostpolitik verfolgte. Detail am Rande: der amerikanische Geheimdienst CIA prognostizierte noch 1988, dass die DDR Westdeutschland im Jahre 1991 einholen würde. Tatsächlich war die DDR zu diesem Zeitpunkt pleite.

Brigitte Ederer, damals Europa-Staatssekretärin im Bundeskanzleramt, zeigt auf, wie sie ihre ursprüngliche Skepsis gegenüber der EU als „Block der großen Konzerne“ überwunden hat und zu einer starken Befürworterin der Union geworden ist. Der EU-Beitritt war, so Ederer, das Lebenswerk von Alois Mock. Ferdinand Lacina war als Finanzminister Mitglied des österreichischen Verhandlungsteams. Er schildert in seinem Interview sehr anschaulich, wie es gelungen ist, den Widerstand der Sowjetunion gegen eine Mitgliedschaft Österreichs bei der EU sukzessive aufzuweichen. Immerhin war im Art. 4 des Staatsvertrags das Anschlussverbot an Deutschland verankert, dass unterschiedlich interpretiert werden konnte. Das Beitrittsansuchen 1989 war natürlich ein Beschluss der Bundesregierung, aber Alois Mock verfolgte als Außenminister immer wieder seine eigene Linie, was manchmal „schwer zu ertragen war“.

3. Südtirol 1946-1992

Das Südtirol-Kapitel wird vom Landeshauptmann Arno Kompatscher mit dem Satz eingeleitet: „Wo stünde Südtirol ohne den Einsatz von Alois Mock, ohne seine Beharrlichkeit, ohne seine Geduld?“ In seine Amtszeit fielen der Paket-Abschluss und die Beilegung des Streits zwischen Österreich und Italien um die Südtirol-Autonomie.

Kompatscher geht ausführlich auf die einzelnen Etappen der Südtirol-Verhandlungen ein: vom Gruber-De Gasperi Abkommen 1946 über das „Los von Trient“ von Silvios Magnago 1957, die Darlegung der Problematik 1960 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen durch Bruno Kreisky, die Sprengstoffanschläge bis zum Beschluss des Pakets und des Operationskalenders 1969. Südtirol steht heute dank seiner Autonomie kulturell und wirtschaftlich gut da. Es ist gelungen, nationale Konflikte zu überwinden. Tatsächlich gilt Südtirol heute für andere

Regionen in Europa als Vorbild.

Hans Benedikter, wie Alois Mock Schüler in Seitenstetten, würdigt, dass Österreich, trotz des italienischen Vetos hinsichtlich eines österreichischen EG-Beitritts, immer die Südtiroler Interessen vertreten hat. Interessant sind auch seine Ausführungen über den damals aufkommenden „Euro-Kommunismus“, wobei er auch dessen Führungsfigur, Enrico Berlinguer, würdigt. Luis Durnwalder wiederum, der 25 Jahre lang Landeshauptmann von Südtirol war und in dieser Zeit 17 italienische Regierungen erlebt hat, würdigt die Rolle Bruno Kreiskys im Kampf der Südtiroler um eine „dynamische Autonomie“.

4. Der Eiserne Vorhang 1947- 1989

Am 27. Juni 1989 hat Alois Mock mit dem damaligen ungarischen Amtskollegen Gyula Horn am Grenzübergang Sopron-Klingenbach ein Stück des Eisernen Vorhangs mit einer Drahtschere durchschnitten. Das Bild ging um die Welt. György Dalos, ungarischer Schriftsteller und Historiker, schreibt in der Einleitung zu diesem Kapitel, dass diese Szene mehr als nur symbolischen Charakter hat. Der Eiserne Vorhang war eine monströse Anlage. 500 Wachtürme und Millionen von Tretminen trennten Westdeutschland und Österreich von ihren kommunistischen Nachbarn. Dieses System war in den 1980er Jahren technisch veraltet. Im Februar 1989 beschloss das Politbüro der Kommunistischen Partei Ungarns den Abbau der Anlage. In historischer Perspektive war die Grenzöffnung – so Dalos – „ein besonders wichtiges Element im Dominoeffekt, der die kommunistischen Systeme zu Fall brachte“. Im Sommer 1989 hielten sich 700.000 DDR-Bürger als Urlauber in Ungarn auf. Alle, die wollten, konnten dann in die Freiheit auswandern.

Ján Carnogursky, Ministerpräsident nach der Unabhängigkeit der Slowakei, schildert, welchen Repressionen Dissidenten ausgesetzt waren. Wer die Reformen von Alexander Dubcek unterstützt hatte, wurde aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen, musste dann sein Leben durch Gelegenheitsarbeiten fristen. Er selber war Rechtsanwalt und wurde dann als Fahrer bei einem Bauunternehmen angestellt. Nach der Wende wurde er dann Stellvertretender Ministerpräsident der Tschechoslowakei. Alois Mock setzte sich dann dafür ein, dass seine christlich- soziale Bewegung in den Verband der Europäischen Demokratischen Union aufgenommen wurde.

Sehr interessant ist das Interview mit

Walter Rothensteiner, weil er die wirtschaftliche Dimension der Ostöffnung aufzeigt. Raiffeisen ist die erste Beteiligung in Ungarn 1987 eingegangen, also noch bevor der Eiserne Vorhang gefallen ist.“ Es war im Grunde überhaupt nichts da, was mit einem Bankensystem unseres Zuschnitts vergleichbar gewesen wäre“. Österreich gehörte zu den ersten Ländern, dessen Banken in den Osten gingen. Dabei hat die österreichische Politik, allen voran Alois Mock, einen wesentlichen Beitrag geleistet, um den Einstieg in das Ostgeschäft zu ermöglichen.

5. Der Balkankonflikt 1987-1995

In der Einleitung zu diesem Kapitel zeigt Christoph Benedikter zunächst die entsprechenden Eckdaten auf, von der Machtergreifung von Milosevic in der Teilrepublik Serbien 1987 bis zum Dayton-Abkommen 1995. Alois Mock hat sich schon sehr früh für die Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien eingesetzt. Das hat Begeisterung in diesen beiden Ländern ausgelöst, ihm aber von anderer Seite harte Kritik eingebracht. Von manchen Seiten wurde argumentiert, eine frühe Selbstständigkeit würde die Kriege verhindern, weil der Einsatz von Gewalt gegen souveräne Staaten nicht erlaubt ist. Andere aber argumentierten, dass die frühe Anerkennung den Zerfall Jugoslawiens beschleunigt und damit die Kriege ausgelöst hat. Richtig ist, dass die Verhandlungen über eine stärkere Föderalisation Jugoslawiens scheiterten und dass die Einheit des Staates mit militärischen Mitteln nicht aufrechterhalten werden konnte. Das Vorgehen von Alois Mock war zweifellos geprägt von seinem österreichischen Geschichtsbewusstsein und von seinem Katholizismus. So betont auch Mate Granic, kroatische Außenminister, dass auch der Vatikan bei der Unabhängigkeit Kroatiens eine große Rolle spielte. Alois Mock beklagte, wie Claus Raidl in seinem Beitrag ausführt, dass mancher europäische Außenminister kaum über die ethnischen, religiösen und sprachlichen Differenzen im früheren Jugoslawien Bescheid wusste. Die Politik von England und Frankreich war zunächst auf die Erhaltung von Jugoslawien ausgerichtet. „Die Sozialisten waren über das Agieren von Mock nicht glücklich, haben es aber auch nicht verhindert“, sagt Albert Rohan. Vranitzky hat eben das Jugoslawien-Problem völlig anders gesehen, nämlich als eine wirtschaftliche Frage. Tatsächlich versuchte auch die Europäische Union, über Wirtschaftshilfe den Gesamtstaat zu retten.

Heute kennen wir die ganze Tragödie der Ereignisse auf dem Balkan. Die Interviews dazu beleuchten Hintergründe und zeigen Zusammenhänge auf. Natürlich sind diese Stellungnahmen subjektiv. Aber letztlich wird ja die ganze Geschichte von Menschen gemacht, die aufgrund ihrer persönlichen Überzeugung, ihrer Interessen und Vorstellungen handeln. Alois Mock hat in seiner Zeit wesentliche Ereignisse unseres Landes und darüber hinaus mitgestaltet. Das haben jene Zeitzeugen, die in „Grenzen überwinden“ zu Wort kommen, eindringlich und in sehr interessanter Weise dargestellt.

Dr. Wendelin Ettmayer
Mitarbeiter von Alois Mock;
Botschafter & Abgeordneter a.D., Autor;
www.wendelinettmayer.at



Melita H. Šunjić
Die von Europa träumen
wie Flucht und Migration ablaufen
Wien (Picus Verlag) 2021, 207 Seiten; EUR 22,-

Nein großteils erschütternde Erlebnisberichte „Reisender“ aus afrikanischen und asiatischen Ländern auf ihrem Weg nach ihrem Traumziel Europa und dort selbst veranschaulichen eingangs eine Reihe von Punkten, die für den politischen Umgang mit dem vielschichtigen Phänomen Migration erhellt sind bzw. sein sollten. Das geht von den Gefahren und Leiden, Motiven, Hoffnungen, Ängsten und Enttäuschungen der MigrantInnen bis zur Rolle von Schleppern, zurück gelassener Familien, diverser nationaler und internationaler Behörden, Regeln, Helfern und sonstigen Institutionen. Šunjić geht mit der gängigen Migrationspolitik in Europa hart ins Gericht, indem sie – jenseits von Emotionalisierung

und Moralisierung – vor allem die Begeiffsverwirrung thematisiert und das Fehlen einer intelligenten und humanen Zuwanderungspolitik, kritisiert. In der Regel auf der Suche nach Arbeit und/ oder Ausbildung nach Europa gekommen (was ohnehin den wenigsten MigrantInnen vorschwebt oder gelingt, nämlich global gesehen nur rund 15%), werden die „Reisenden“ mangels Alternativen in Europa ins damit völlig überforderte unter-dotierte Asylsystem gezwungen. Dort bleiben sie oft jahrelang hängen. In der einheimischen Bevölkerung Europas schüren manche Medien und PolitikerInnen derweil mit militärem Vokabular irrationale Ängste vor „illegalen“ Menschen und „Wirtschaftsflüchtlingen“. Millionen (versch)wendet die EU für die Migrantenabwehr etwa im Mittelmeer (auf) und alimentiert in „organisierter Scheinheiligkeit“ kriminelle Schlepper und korrupte, Menschen verachtende Regime wie jenes in Libyen.

Die Autorin weiß, wovon sie berichtet. Sie ist vom Fach und verfügt zum Thema über Erfahrungen wie kaum jemand andere/r. Ursprünglich selbst Flüchtlingskind, war sie Jahrzehntelang für den UNHCR in verschiedenen Ländern inklusive Österreich tätig. Sie ist nach wie vor in Forschung und Beratung von Regierungen und internationalem Organisationen aktiv, als Leiterin der Agentur „Transcultural Campaigning“. Das Buch spiegelt in bester aufklärerischer Tradition und unmissverständlich klarer Sprache diesen reichen Erfahrungsschatz. Dazu kommt, dass Šunjić vor allem auch die Betroffenen, die „Reisenden“ selbst, systematisch zu ihren Erfahrungen, Motiven und zu Anregungen für eine sinnvolle(re) Politik befragt, eine erstaunlicherweise offenbar eher sehr seltene Vorgangsweise. So liefert sie eine Reihe von Vorschlägen, die die seit Jahren in einer Sackgasse befindliche, menschenrechtlich fragwürdige europäische Migrationsdebatte/politik flott bekommen könnten. Die abschließenden (sieben) Thesen allein sind es wert, dieses Buch genau zu lesen und ernst zu nehmen.

Gabriele Matzner